

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokolade- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Ersteinst jeden Donnerstag Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg

Die Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft im Jahre 1917.

Gemäß § 857 der Reichsversicherungsordnung waren seitens des Vorstandes die Versicherungsvertreter auf Dienstag, 25. Juni, nach Würzburg zu einer Sitzung berufen, um zu dem gedruckten vorliegenden Bericht des technischen Aufsichtsbeamten Stellung zu nehmen sowie Maßnahmen anzuregen, die zur Verbesserung der Unfallverhütung dienen. Zu dem Bericht des Aufsichtsbeamten, Herrn Oberingenieur Urban, werden wir noch in einem besonderen Artikel Stellung nehmen. Der Bericht selbst fand die volle Anerkennung der Anwesenden. Zu unserm Artikel ist noch nachzutragen, daß in Bäckereien an Antriebsmaschinen sich 12 entschädigungspflichtige Unfälle an Volltriebsmaschinen mit senkrechter Antriebswelle ereigneten. 2 der Verletzten brühten die linke Hand mit Unterarm ein. 6 Unfälle passierten an Antriebsmaschinen mit ausfahrbarem Volltrieb. 4 der Unfälle kamen in Bäckereien, 1 in einer Honigwabenfabrik, der andere in einer Nahrungsmittelabrik vor. Der Besitzer der letzteren wurde mit M 100 bestraft und für den Schaden haftbar gemacht, weil er trotz des Unfalles einer jugendlichen Arbeiterin die Herkulesmaschine ungeschützt gelassen hatte. 42 entschädigungspflichtige Unfälle sind im Jahre 1917 zu verzeichnen. Die Unfälle an Brotteig-Wirbel- und Abwiegemaschinen stiegen auf 9, 1916 betrug bereits die entschädigungspflichtigen Unfälle an diesen Maschinen die Zahl 8. Hier ist vor allen die Luzeische Wirbel- und Abwiegemaschine zu nennen, an der die größte Zahl der Unfälle vorkommt. Durch die mangelhaft gesicherte Luzeische Maschine erlitt auch ein Mühlenbesitzer einen Unfall. Vom Standpunkt der Unfallverhütung aus betrachtet, ist der Unfall des Mühlenbesitzers insofern sehr lehrreich, weil als Entschuldigungsgrund für die an diesen Maschinen vorgekommenen Unfälle bisher immer nur der Leichtsinn und die Gleichgültigkeit der Arbeiter herhalten mußten.

Die Hannoverische Keksfabrik G. Bahlken ist auf dem Gebiete des Walzenschutzes mit gutem Beispiel vorangegangen. Die Firma hat durch Ausbau des Walzenschutzes an Walzen die Unfallgefahr fast restlos beseitigt. Besteht für die Firma Bahlken die Möglichkeit, die Unfallgefahr auf das Mindestmaß herabzudrücken durch Anbringen von genügenden Schutzvorrichtungen, muß das gleiche an allen Maschinen möglich sein. — Der Bericht zeigt aufs neue: Eine Anzahl Ersteller von Maschinen weigern sich beharrlich, die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen gleich beim Erstellen der Maschinen einzubauen. Die Berufsgenossenschaft bietet alles auf, die an den Maschinen Beschäftigten gegen Gesundheit und Leben zu schützen. Der Erfolg bleibt aus, weil in einigen Schleuderrädern der Maschinenindustrie die Schutzvorrichtungen an den Maschinen nicht angebracht werden, damit die Maschinen billiger verkauft werden. Schuld trifft aber auch die Besteller von Maschinen, wenn diese sich die schriftliche Erklärung: Die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen müssen angebracht sein an den Maschinen, nicht geben lassen.

In der Aussprache erklärte Herr Senator Trüller, Celle: Mit der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft muß eine scharfe Sprache geführt werden. Diesen Ausführungen schloß sich Herr Goller an. Von beiden Herren wurde auch darauf hingewiesen, daß die Schutzvorrichtungen häufig von den Beschäftigten weggelassen werden, was zu verurteilen ist. — Auf Anfrage erklärte Herr Oberingenieur Urban: Eine absolut sichere Fangvorrichtung für Fahrstühle ist noch nicht erfunden worden. Die besten Fangvorrichtungen hängen den Fahrstuhl nach 4,5 m Absturz. Bei diesem Absturz und seiner Schnelligkeit bekommt der auf dem Fahrstuhl Befindliche einen Anstoß, mindestens ist Rückwärtsbewegung die Folge.

Arbeitnehmervertreter Kitzmann führte aus: Die Dresdner Ortskrankenkasse weise ziffernmäßig nach, wieviel Unfälle den Krankenkassenmitgliedern zuzurechnen sind, und bei welcher Berufsgenossenschaft die Unfallverletzten versichert sind. Weiter tritt Herr Kitzmann für ein Zusammenarbeiten zwischen Berufsgenossenschaft und Krankenkassen ein. Die Krankenkassen müssen bei Unfällen nachforschen darüber: Hat der Besteller der Maschine die Schutzvorrichtungen mit bestellt? Wenn ja, und die letzteren sind nicht geliefert worden, muß die Krankenkasse den Klageweg gegen den Maschinenfabrikanten beschreiten, diesen haftbar machen für die Unfallfolgenkosten, die die Kasse hat. Dem wird allseitig zugestimmt, die Vertreter sollen auch in Krankenkassen eintreten, damit diese die Maschinenfabrikanten ersatzpflichtig machen. — Auf Anfrage erklärt Herr Urban: Nur ein Staat, Dänemark, hat ein Gesetz erlassen, nach dem die Maschinenfabrikanten gesetzlich gezwungen sind, Zahradgetriebe vorschriftsmäßig zu schützen; unterläßt dieses der Maschinenfabrikant, verfällt er der gesetzlichen Strafe. — Arbeitnehmervertreter Fischer spricht Herrn Urban den Dank für den diesjährigen, wiederum vorzüglichen Bericht aus. — Arbeitnehmervertreter Heil hebt anerkennend die Tätigkeit der Herren Goller und Senator Trüller hervor, sich für den Schutz der Arbeiter eingesetzt zu haben bei der Reichsgetreidekette, indem diese Mehl zur Herstellung von Teigwaren nur noch Fabrikanten zuteilt, die die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen in ihrem Betriebe nachweisen können. — Im Auftrage der Arbeitnehmervertreter darf ich dem Vorstand den Dank aussprechen für die tatkräftige Unterstützung des Herrn Oberingenieur Urban in Sachen der Beschwerde des geschäftsführenden Ausschusses der deutschen Berufsgenossenschaften. Wir haben die Beschäftigten in den Betrieben vor Unfallgefahren zu schützen, nicht die Geldinteressen der Maschinenfabrikanten zu vertreten. Ist einzelnen Maschinenfabrikanten Menschenleben nichts wert, desto größeren Wert legen wir auf die Gesundheit und Erhaltung jedes Menschenlebens in den Betrieben. — Heil bringt weiter zur Ausführung: Wir müssen in Zukunft an Regierung und Reichstagsabgeordnete mit einer Denkschrift herantreten, in der nachgewiesen wird: Der Erlaß eines Gesetzes zur Erzwingung der Anbringung von Schutzvorrichtungen an Maschinen ist ein Gebot zwingender Notwendigkeit. Bietet ein Maschinenfabrikant ungeschützte Maschinen, verfällt er der gesetzlich festgelegten Strafe.

Diesem Vorstoß wird einstimmig zugestimmt. Nach reger Aussprache, an der sich alle Vertreter beteiligten, gelangte eine Entschlieung zur Annahme, die vom Gesetzgeber den Erlaß eines Gesetzes, nach dem die Maschinenfabrikanten bei Unterlassung der Anbringung des Maschinenschutzes bestraft werden, verlangt. Die Entschlieung soll dem Ministerium des Innern, dem Reichsversicherungsamt und sämtlichen Reichstagsabgeordneten zugestellt werden. Für diese Entschlieung stimmten auch die Arbeitgebervertreter.

Auf der am 27. Juni in Würzburg stattgefundenen Genossenschaftsversammlung wurde von mehreren Seiten nicht allein für die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, sondern auch für den Ausbau der Unfallverhütung eingetreten. Mit dem Bericht des Herrn Urban erklärte sich die Versammlung ausdrücklich einverstanden und betonte weiter, in dessen Tätigkeit keinerlei Einschränkungen eintreten zu lassen. Auf der Versammlung waren auch mehrere Genossenschaften vertreten, ebenso die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Consumvereine. Die Verhandlungen waren von weitblickender Sozialpolitik getragen, was auch am Schlusse des schriftlichen Berichts der Genossenschaft zum Ausdruck kommt. Dort heißt es u. a.: „Unsere Berufsgenossenschaft hat von Rentenänderungen oder Entschieun-

gen gegenüber den an der Front befindlichen Rentenempfängern grundsätzlich Abstand genommen, die Zahlung von Verletztenrenten an Feldzugsleistungern nach Möglichkeit erleichtert und die Gewährung der durch bundesrätliche Verordnung festgesetzten Teuerungszulagen an die Rentenempfänger in wohlwollenderem Sinne und mit größter Beschleunigung durchgeführt. Die gegenreichen Folgen einer großzügig angelegten Sozialpolitik zeigen sich in der Erhaltung und Steigerung unserer Volks- und Wehrkraft.“

Verbandstag deutscher Brotfabrikanten in Lübeck.

Am 26. Juni tagten in Lübeck die Brotfabrikanten, und aus den Verhandlungen sind folgende Punkte hervorzuheben. Zum Geschäftsbericht führte Herr Schulte aus, daß auf vielseitigen Wunsch im verfloffenen Herbst das Kriegsernährungsamt gebeten wurde, das Verbot von Kartoffelkartoffeln nicht zu verlangen, sondern die Kartoffeln in natura zu verabfolgen. Das Amt habe den Verband an die Kommunalverbände verwiesen, die das Recht hatten, dem Antrage stattzugeben. Zahlreiche Kommunalverbände hätten dies getan, andere nicht. Lebhaften Meinungsaustausch habe die zu erzielende Mehlausbeute hervorgerufen. Die Ernteausbeute werde durchweg als nicht erreichbar bezeichnet. Es sei immer darauf hingewiesen worden, daß wohl in einzelnen Fällen 140 pZt. Ausbeute zu erzielen sei, nicht aber in regelmäßigen Betrieben. Manche Kommunalverbände verlangten diese hohe Ausbeute auf Kosten der Brotqualität und brachten die Bäcker in eine sehr üble Lage.

Die Frage des Nachtbrotverbots sei nach in demselben Stadium wie im vorigen Jahre. Man habe sich an das Reichswirtschaftsamt gewandt, um einen Abdruck des Gesetzentwurfes zu erhalten, aber die Antwort erhalten, daß er dem Bundesrat vorliege und noch nicht der Öffentlichkeit unterbreitet werden könne. Es sei aber bekannt geworden, daß in einzelnen Bundesstaaten die Gewerksamern sich gutachtlich zu dem Entwurfe äußern sollen. Die Zusammenlegung der Betriebe sei im vergangenen Jahre verstärkt durchgeführt worden. Die Anmungen hätten leider diese durch den Krieg notwendig gewordene Maßnahme auf das Schuldkonto der Großbetriebe gelegt. Der Verband habe keinerlei Kampfmaßnahmen während des Krieges gewünscht und wünsche sie auch heute nicht. Man hoffe im Gegenteil, daß den stillgelegten Betrieben sobald als möglich die Wiedereröffnung ermöglicht werde.

Dem Verbande sind im verfloffenen Jahre 25 Firmen beigetreten; die Mitgliederzahl beträgt jetzt 336. In Dresden sei ein Bezirksverband gegründet worden, der auf ganz Sachsen ausgedehnt werden soll. Den Massenbericht erstattete Herr Fiedeler, Hannover-Wülfel. Die Einnahmen betrugen M 6623,80, die Ausgaben M 3378,26, der Ueberschuß M 1545,54, das Vermögen am 31. Dezember 1917 M 16 469,69. Der Beitrag beläuft sich ab 1. Januar 1919 pro Mitglied auf M 30 jährlich.

In den Vorstand wurden wiedergewählt die Herren W. Bedmann, Godesberg; Georg Fiedeler, Hannover-Wülfel. In Zukunft können auch Personen, die in Betrieben von Mitgliedern an leitender Stelle stehen, als Mitglieder aufgenommen werden.

Ueber „Kriegsbrot, Heberaugsbrot, Friedensbrot“ sprach der als Gast anwesende Herr Dr. Neumann von der Berliner Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung. Da er dabei auch die Frage der Nachtarbeit berührte, werden wir auf diesen Vortrag zurückkommen, wenn der in Aussicht gestellte ausführliche Bericht vorliegt. Heute wollen wir nur anführen, daß der Verbandsvorsitzende, der bekannte Gegner des Nachtbrotverbots, Herr Joachim, Leipzig, mit den Ausführungen des Herrn Dr. Neumann jedenfalls nicht einverstanden war; denn er empfahl, Versuche mit Sauerführung doch einmal vier Wochen im Großbetriebe zu machen, dann werde man sehen, daß keine Veranlassung richtig sei, daß nämlich eine gute Sauerführung eine Unterbrechung des Betriebes nicht dulde.

Dem Verbandstag lag weiter ein Antrag des Bezirkes Dresden vor, der für den Verkehr mit Mehl und Brot eine einheitlichere Regelung über größere Wirtschaftsgebiete fordert, und daß bei Festsetzung der Mehl- und Brotpreise und der Bestimmungen über Brot- und Mehlerzeugung die Vertreter der Brotfabrikanten sachverständig gehört werden sollen. Eine Entschlieung in diesem Sinne wurde angenommen.

Mit den Maßnahmen zur Vorbereitung der Uebergangszeit beschäftigen sich der Verbandstag ganz ausführlich auf Grund eines Antrages, den Frankfurt a. M. und Wiesbaden gestellt hatten. Die Aussprache führte zuletzt zur Annahme folgender Entschliessung:

Die Gestaltung der Verhältnisse des Bädergewerbes von der Kriegs- in die Friedenszeit muß unter Wahrung der berechtigten Interessen aller an der Brotherstellung Beteiligten erfolgen. Darum empfiehlt es sich, seitens des Reichswirtschaftsamtes Richtlinien aufzustellen, die für die mit der Durchführung betrauten Organe verpflichtend sind. Diese Richtlinien müssen bestimmen, daß 1. den auf Grund von Kriegsmaßnahmen stillgelegten Betrieben die Wiedereröffnung vollständig erleichtert wird; daß 2. bei Berechnung der Produktionsmenge berücksichtigt wird der Umfang der Produktion des Einzelbetriebes zu einem Zeitpunkt, der vor oder am Kriegsanfang liegt; daß 3. den Brotherstellern ein auskömmlicher Brotpreis gewährt wird.

Es ist zu fordern, daß bei Durchführung dieser Maßnahmen und bei Schaffung ihrer Grundlagen Vertreter des Verbandes Deutscher Brotfabrikanten e. V. in allen Fällen herangezogen werden.

Herr Dr. Quasig, Dresden, begründete unter Anführung zahlreicher Fälle aus der Rechtsprechung und der Praxis der Kommunalverbände folgenden Antrag:

Der Vorstand wird beauftragt, bei den zuständigen Regierungsstellen darauf hinzuwirken, daß die Verantwortlichkeitspflicht des Betriebshabers nicht weiter in der Weise von den Behörden überspannt wird wie bisher.

Von hervorragendem Interesse ist noch die Annahme eines Antrages auf Aufstellung einer Produktionsstatistik, um den Anteil der gesamten Großbetriebe an der Broterzeugung zahlenmäßig festzustellen. Ohne Zweifel wäre eine solche Feststellung schon längst mündig gewesen, und sie ist heute eine unbedingte Notwendigkeit, wenn die zukünftige Broterzeugung überhaupt einer planmäßigen Regelung entgegengeführt werden soll. Wir wünschen lebhaft, daß das Vertrauen des Brotfabrikantenverbandes in dieser Hinsicht Unterstützung auf allen Seiten findet; daß also nicht nur die dem Verbande selbst angehörenden Betriebe, sondern überhaupt alle in Frage kommenden bereitwillig mit dem Material aufwarten.

Im Anschluß an den Bericht wollen wir noch darauf hinweisen, daß der von den Brotfabrikanten errichtete Wirtschaftsbund Deutscher Brotfabrikanten A.-G. am 24. Juni in Hamburg gegründet und dorthin auch der Sitz der Gesellschaft verlegt wurde. Das Aktienkapital beträgt eine Million Mark, wovon 20 p. H. in bar eingezahlt wurden. Zweck der Gesellschaft ist: die wirtschaftliche Lage der deutschen Brotfabrikanten zu heben... alle die Brotherstellung und den Vertrieb des Brotes betreffenden Einflüsse zu heben. Den Aufsichtsrat bilden folgende Herren: Stadtrat Joachim, Leipzig (Vorsitzender), Julius Busch, Hamburg, Otto Klug, Hamburg, A. König (Brotfabrikant), Altona, Heinrich Junke-Kaiser, Oberhausen, Friedrich Huse-Gitel, Georg Fiedler, Hannover-Wülfel, Wilhelm Rozak, Charlottenburg, und Eugen Barthelme, Kopenhagen.

Wenn oben als Zweck der Gesellschaft auch angegeben wird: „alle die Brotherstellung und den Vertrieb des Brotes betreffenden Einflüsse zu heben.“ So sind darunter natürlich nur die von uns zu heben sich geltend machenden Einflüsse zu verstehen; innerhalb der Gesellschaft selber wird man nicht gar viel Eier einzufachen, den Brotpreis niedrigerzubringen.

Unser neues Statut.

Die auf dem 14. ordentlichen Verbandstag in Leipzig getroffenen Änderungen im Statut veranlassen den Verbandsvorstand, eine Neuauflage herzustellen. Die nunmehr ca. 100 Seiten umfassende wurde. Von der Veränderung wurde der Aufsicht der Organisation nicht berührt, wie auch die sonstigen Bestimmungen darüber dieselben wie früher geblieben sind.

Die Grundlage der Organisation ist in den Zahlstellen zu erblicken, die wiederum mit dem Netz der Vertretungen verbunden sind. In den Kriegsjahren ist leider in mancher Zahlstelle dieser Einrichtung nicht mehr die Beachtung geschenkt worden, wie das vorher bei uns allgemein üblich war. Es mag zur Entschuldigung dienen, daß uns eine ganze Anzahl der besten Kräfte durch den Krieg entzogen wurden; das ist aber immerhin kein Grund, um das System vollständig außer Kraft zu legen. Eine wesentliche Abmilderung der Verbandsgefühle in den Zahlstellen ist ohne einen gut eingerichteten Vertrauensorganisationsapparat unbedenklich. Die Vertrauensorgane bilden das Bindeglied zwischen Zahlstellenleitung und Mitgliedern. Sie sind berufen, in allen wichtigen Fragen mit zu rufen und zu raten, und bilden das Rückgrat der Verbandstätigkeit am Orte bei großen Aktionen, die unternommen werden. Die Vertrauensorgane sollen daher nicht das kleinste Maß an Wissen sein; sie sollen über alle wichtigen Vorgänge informiert werden und es selbständig übernehmen. Das System kann in den meisten Zahlstellen durchgeföhrt werden. Das Organisationsleben wird dadurch mit den Mitgliedern inniger geföhrt und die Lösung von allen Vorfällen in den Zahlstellen erleichtert.

Auf den Zahlstellen beruht die Bezirksorganisation auf, wo wiederum die Fäden der Zahlstellen in den Händen des Vertrauensorgans zusammenlaufen. Der Vertrauensorgan muß ebenfalls ein Gebot überblicken können wie die Zahlstellenleitung. Das wird aber nur erreichbar sein, wenn die Zahlstellenleiter über alle wichtigen Vorgänge auf dem laufenden gehalten wird. Er muß daher wissen, wann die Zeit für eine allgemeine Versammlung günstig ist und wo möglich vorhanden ist, von den Vertrauensorgan verlangte Notwendigkeiten entsprechend zu erfüllen zu können. Er muß unterrichtet werden über

ausbrechende Differenzen mit Arbeitgebern, um, wie auch in Tarifstreitigkeiten, sofort eingreifen zu können. Wie oft wurde schon für die Organisation und für die Mitglieder großer Schaden verursacht, weil es die Zahlstellenleitung veräumelte, den Bezirksleiter über solche Vorgänge zu unterrichten. Wenn die Mitglieder vor den drohenden Gefahren nicht gewarnt werden, so ist es verständlich, daß sie dann das Vertrauen zur Organisation verlieren müssen.

Mit der Zentralleitung (Verbandsvorstand) kommt der Organisationsbau zum Abschluß. Die Leitung muß wiederum in der Lage sein, das ganze Organisationsgebiet übersehen zu können, was aber auch nur dann möglich ist, wenn sie von den Zahlstellenvorständen und den Bezirksleitern über alle wichtigen Vorgänge unterrichtet wird. Hier müssen Maßnahmen getroffen werden, um den Mitgliedern den Aufstieg zu einer besseren Lebenshaltung zu ermöglichen. Mit Anregungen, Rat und Tat muß den Mitgliedern und den Leitern der Zahlstellen zur Seite gestanden werden; Anregungen und Vorschläge, die aus Mitgliedertreuen eingehen, geprüft, und das Brauchbare bei den Organisationsarbeiten Verwertung finden. Nicht die starre Form kann hier eine Heimstätte finden, das Beste und Zweckentsprechende soll zur Durchführung kommen.

Die Organisation schafft sich selbst ihr Gesetz, nach welchem jedes Mitglied handeln soll. Erweisen sich die Bestimmungen nicht mehr als zweckmäßig, dann hat sie das Recht, sie zu ändern. Das Statut ist für alle Mitglieder der Organisation verbindlich. Es ist daher dringend notwendig, daß auch alle Kolleginnen und Kollegen von den wichtigsten Bestimmungen unterrichtet sind; und diese Möglichkeit haben sie, weil ihnen von der Zahlstellenleitung das Statut ausgehändigt wird.

Die Mitgliedschaft zur Organisation bringt Pflichten mit sich. Sie sind aber keineswegs unerträglich, sondern bestehen darin, daß sich die Mitglieder anlegen sein lassen, stets und ständig wachend für die Organisation zu wirken, alle Verbandsmitglieder müssen daher bestrebt sein, ihre Nebenarbeiten und -berufungen als Mitglieder dem Verbande zuzuföhren. Das ist zweifellos die erfolgreichste Arbeit für die Weiterentwicklung unseres Verbandes. Nur dann kann es auch möglich sein, den Zweck des Verbandes zu erfüllen. Im § 3 heißt es: „Der Verband hat den Zweck, die geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere durch Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung, zu wahren und zu fördern.“ Mögliche günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen können aber nur dann erreicht werden, wenn in einem Betriebe oder Berufszweig alle Beschäftigten geschlossen in der Organisation sind. Dazu beizutragen, ist Pflicht aller Verbandsmitglieder. Nicht diesen Pflichten der wachenden Tätigkeit ist es selbstverständlich, daß auch die Mitglieder die Verpflichtung haben, ihre Verbandszugehörigkeit selbst aufrechtzuerhalten. Die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft erfordert die regelmäßige im Statut vorgeschriebene Beitragszahlung. Ueberzeugte Mitglieder bleiben mit ihren Beiträgen niemals im Rückstand; denn sie wissen, daß sie dann ihrer Rechte verlustig gehen.

Die Verbandszugehörigkeit bringt den Mitgliedern sehr große Rechte. Die Hilfeleistung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, in Notfällen, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen, bei Notfällen und bei Ueberföhung nach einem andern Orte; selbst wenn das Mitglied mit Tod abgeht, haben die Hinterbliebenen noch ein Anrecht auf das Sterbegeld. Die Ansprüche auf die Unterstützungseinstellung macht jedoch das Statut von der regelmäßigen Beitragszahlung abhängig. Wer also mit seinen Beiträgen im Rückstand bleibt, verliert sich das Anrecht auf die Unterstützung.

Diese Bestimmungen des Statuts können nicht oft genug den Mitgliedern in Erinnerung gebracht werden. Die Zahl der Mitglieder ist nicht klein, die infolge lässiger Beitragszahlung des Anrechtes auf die Unterstützung verlustig gegangen bewundernswürdiger Gedächtnistage fühlen sie sich gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit geföhrt. Als aber auch an sie die Not herantrifft, mühen sie wahrnehmen, daß sie sich in ihrer eigenen Gleichgültigkeit selbst das ihnen patriotische Recht auf die Unterstützung verweigert hatten.

Wo infolge eingetretener Umstände unmöglich die Beitragszahlung erfolgen kann, dürfen die Mitglieder niemals verurteilt, sich ihre Beiträge von dem Kassierer der Zahlstelle kassieren zu lassen (um Zahlungsausschub nachzuwirken). Aber auch diese Beiträge müssen dann wieder nachgezahlt werden. Unser Statut steht nämlich nicht vor — und erfreulicherweise hat es noch jeder Verbandstag abgelehnt —, daß bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit keine Beiträge entrichtet werden brauchen. Die Verbandbeiträge müssen auch für diese Zeit gezahlt werden. Das liegt im Interesse der Mitglieder, weil von der Zahl der geleisteten Beiträge auch die Dauer der Unterstützung abhängig ist.

Anderes kann es auch in einer gewerkschaftlichen Organisation nicht sein. Wollen die Mitglieder Rechte beanspruchen, dann müssen sie Pflichten erfüllen. Was in unserm Statut den Mitgliedern vorgeschrieben wird, ist nichts Unmögliches. Es ist nicht mehr als die logische Folge von der Verbandszugehörigkeit. Jede freie Organisation beruht auf der Grundlage der Ueberzeugungstreue. Die in den Verband eintrappenden Berufangehörigen sind überzeugt von unserer guten Sache; darum muß ein jedes Mitglied zur Verwirklichung dieser guten Sache mitwirken durch die Ausbeziehung unserer Ideen bei den uns Heranziehenden, damit der Nachwuchs unserer Organisation.

In einem folgenden Artikel werden wir das Beitrags- und Unterstützungsweesen besprechen.

Erhöhung der Feuerungszulagen in den Genossenschaften.

Im Konsumverein Zeitz wurde die Feuerungszulage ab 1. Okt. um 10 p. H. erhöht. Die Ueberstunden werden mit 10 p. H. und Sonntagsgarben mit 100 p. H. Zuschlag vergütet. Eine Erhöhung der wöchentlichen Feuerungszulage um 15 p. H. ab 1. Juni gewährte der Konsumverein Coswig.

Stimmen aus dem Felde.

Unsere Bezirksleitung in Frankfurt a. M. schreibt uns: Es ist, wie bekannt, dem Redakteur sehr angenehm, wenn ihm auch aus den Kreisen der Verbandsmitglieder Schriftsätze zur Verfügung gestellt werden. Unter dem Titel „Stimmen aus dem Felde“ mögen daher einmal verschiedene Briefauszüge, die die Allgemeinheit interessieren, zur Veröffentlichung kommen. In den Verbandsmappen sammeln sich die Briefe und Karten, die uns von Kollegen aus dem Felde geschickt werden, in stattlicher Zahl an. Erfreulich ist es, sie alle wieder einmal durchzusehen, wenn man auch die Arbeit als recht beschwerlich findet. Aus ihnen spricht ein Ton, der uns immer wieder anfeuert, die ganze Kraft in den Dienst unseres Verbandes zu stellen. Viele treue Kollegen finden herzliche Worte für unsere Organisation. Alle wundern sich, warum es eigentlich noch Bäder, Konditoren, Sechshücker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gibt, die den Ernst der Lage nicht begreifen und ihrer Berufsorganisation immer noch fernstehen. Eine intensive Werbearbeit muß immer und immer wieder in jeder Backstube und in jedem Fabrikbetriebe entfaltet werden. Nur durch fortgesetzte Kleinarbeit wird auch in der schweren Kriegszeit Agitationsmethoden von Erfolg gekrönt. Dieses ist auch die Meinung vieler Kriegsteilnehmer. Möchten diese Aufrufe von Mitgliedern, die zum Teil in den vordersten Schützengräben, in den Stuppen und Feldbäckereien stehen, unsere Kampfkraft stärken, unsere Freude am Verband heben. Möchten sie jedem zurufen: Herbei an den für dich bestimmten Platz!

So wollen wir diesen Feldbrieftrauf auf uns wirken lassen; pflichte sich jeder ein paar Blumens darauf und handele demgemäß zur Förderung der gesamten Verbandsinteressen. Wessen wir nun einzelne Stimmen folgen:

Kollege Winter schreibt unter anderem: „Ich kann beteuern, daß die Wünsche nach gewerkschaftlichem und politischem Reizeffektiv sind. Denn das Herz möchte einem bluten, wenn man die Leser der alldeutschen Propagandaschriften nicht immer vom Gegenteil belehren kann. Wenn ich erkläre, daß wir von Schriften der Kriegselekture überschüttet werden, wirst du meinen Wunsch begreifen können. Von seiten der Gewerkschaften und der Partei müßte noch viel mehr für derartige Zwecke getan werden. Auch unsere Reichswehrfraktion (alte Partei) müßte immer wieder darauf hinweisen, daß wir keine Sekundärliteratur erhalten. Freiheitskämpfer wollen wir sein, darum auch dementsprechende Lektüre haben. Wir erwarten einen schnellen, dauernden Frieden, einen allgemeinen Volkfrieden, der sich hält an den Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit und Recht; denn nur ein solcher Frieden kann zum Segen und Nutzen der Gewerkschaften und der Partei sein.“

Kollege Trud, der Vorstandsmittglied gewesen ist, äußert sich wie folgt: „Nun einige Worte zu unserer Organisation. Schon klein war das Häuflein Verbandsmitglieder, als ich Frankfurt des Krieges wegen verlassen mußte. Wieviel mögen es deren heute noch sein? Immer mehr schmilt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder zusammen. Wann wird wohl die Zeit kommen, wo wir wieder gemeinschaftlich am Organisationsbau tätig sein können und Tausende von Mitgliedern um uns scharen. Darum bare und kämpfe jeder einzelne.“

Kollege Klein sendet uns nachstehendes Schreiben: „Wenn nur auch die Weitmächtig zur Einsicht kämen und diesem schrecklichen Worden ein Ende setzten. Es wäre ein Glück für die ganze Menschheit. Hoffen wir das Beste, damit wir recht bald wieder unsere Arbeit aufnehmen können, um mit unsern Kollegen in der Heimat Schulter an Schulter für unsere gerechte Sache des Verbandes zu kämpfen.“

Vom Kollegen Wöhrner wurde uns geschrieben: „Durch die Fachzeitung ist man wenigstens über den Stand der Gesamtorganisation unterrichtet. Hoffen wir, daß der Krieg bald zu Ende geht, damit wir bald wieder geschlossen hinter unserer Berufsorganisation stehen.“

Kollege Grafenauer sendet folgende Zeilen: „Danke Euch, liebe Genossen, für Sendung des Fachblattes. Wenn möglich, so sendet mir das Fachblatt regelmäßig; denn ich verfolge jede Nummer sehr aufmerksam. Insbesondere ist es die furchtbare Nacharbeit, der der größte Kampf entgegengekehrt werden muß. Die Nacharbeit muß auch nach dem Krieg verboten bleiben, wenn jedes Verbandsmitglied zur Stärkung des Verbandes mitarbeiten.“

Interessant ist auch eine Mitteilung des Kollegen Scheuerer, der in einer Glasperfabrik Kriegsdiensleistung leistet. Er schreibt: „Habe vorige Woche das Jahrbuch von 1917 erhalten. Danke Euch bestens. Ich habe es gelesen und mich sehr gefreut über die guten Bewegungen unseres Verbandes. Dieses Buch ist sehr interessant und lehrreich. Noch nie habe ich das Buch mit solchem Interesse gelesen wie gerade dieses Mal. Am meisten gefällt mir die Bewegung über die Nacht- und Sonntagarbeit. Legt Euch nur mit allen Mitteln ins Zeug, damit das Kriegsgesetz, betreffend Verbot der Nachtarbeit, auch ein dauerndes Friedensgesetz werde. Dann haben wir wenigstens eine Erzeugnisse vom Kriege. Wir können Euch dann dafür nicht genug danken. Wenn wir aus dem elenden Kriege nach Hause kommen, dann werden wir mit Lust und Liebe unser altes Handwerk aufnehmen und unserm Verbands alle Weierlampfer treu zur Seite stehen.“

So könnten noch viele Stimmen aus dem Felde zu Worte kommen. Wir müssen es aber des Raummangetwegen bei den angeführten belassen. Aus allen diesen Selbststimmen wird uns bewiesen, wie gut es ist, wenn man in allen Zeiten seiner Berufsorganisation treu geblieben ist. Mancher, der heute denkt: ach, der Verband nützt mir nichts mehr! wird es schon morgen bitter bereuen.

Den Kollegen in der Heimat sollte aus solchen Stimmen immer neuer Mut erwachsen. Es wäre sehr beschämend für einen Teil der Heimatkollegen, wenn sie den Kampfescharakter der Gewerkschaft heillos schieben wollten. Diese Feldpoststimmen mögen uns ein leuchtendes Beispiel sein, wie unsere Kriegsteilnehmer zur Verbesserung der Lebensbedingungen mit kämpfen würden, wenn sie sich den Heimatkollegen anreihen könnten. Die angeführten Beispiele zeigen, wie die Augen aller Kollegen im Felde auf uns gerichtet sind. Unser Handeln und Tun wird von ihnen scharf überwacht, zum Nutzen der Allgemeinheit!

Vergeßen wir daher das Kapitel „Agitation“ nicht. Die größten Anstrengungen müssen gemacht werden, um auch den letzten Kollegen seiner Berufsorganisation zuzuführen, dann können wir ruhig ausrufen: Mühsig vorwärts im Kampf um eine bessere Zukunft!

An alle Kollegen!

(Aus Anlaß der Berichterstattung in Braunschweig über den Verbandstag.)

Meine Ansicht ist es eigentlich nicht, bei dem vorherrschenden Blamangel in unserm Organ mich in Volemien einzulassen. Doch die Ausführungen des Kollegen Gehre im Versammlungsbericht von Braunschweig zwingen mich dazu. In erster Linie jedoch die Frage der Kriegsfondsmarken. Vorgebrungen wird es gesehen, daß ich auch kurz andere Angelegenheiten streife. Greift doch eins ins andere. Dies wird einem Frontsoldaten, der Interesse an seiner Organisation hat, wohl gestattet sein. — Kollege Gehre arbeitete mit dem Schlagwort: Geldverplemperer. Wie mir scheint, gleicht er jenen Ratsherren, die nach der Sitzung mehr wissen als vorher. Ihm ist sämtliche Kriegsunterstützung Verschwendung. Kollege Altmann ist Gegner jener Taktik, deshalb mußte er gehen. Der Verbandsvorstand verjagt in der Frage der Kriegsfondsmarken durch unläuterer Bewerb Gelder einzuziehen. Zuguterletzt wird dem jetzigen Vorstand das Vertrauen abgesprochen. Soll dadurch der Organisation gedient werden? Nein! Ihre Arbeit und Schaffensfreude wird gelähmt.

Bei Kriegsausbruch war man mit allen Maßnahmen des Verbandsvorstandes einverstanden. Es hatte aber nicht an Stimmen gefehlt, die das Gegenteil vertraten in der Unterstützungsfrage. Zu ihnen rechnete ich meine Untertanen. Der Krieg hat weitergedauert, mit ihm die Unterstützungen. Die Organisation wurde daher finanziell geschwächt. Die Kollegenschaft gibt doch ihr Geld nicht, nur dem Staat das Kriegsfonds zu erleichtern. Als zu sehen war, der Krieg geht ins Unendliche, hätte dies aufhören müssen. Es geschah nicht. Die Organisation schlug eine Taktik ein, ganz richtig „Neuorientierung“, deren verhängnisvolle Erscheinungen wir schon heute wahrnehmen. Finanzielle Schwächung, Erhöhung der Beiträge; eine Sache, die uns die Agitation erschwert. Kollege Gehre! Warum nimmst Du Dein demokratisches Recht auf dem Verbandstag nicht in Anspruch? Du jagst: Kollege Altmann ist hinausgeschickt durch Hintertropfenpolitik. Wenn dieses Hintertropfen-Politik auf einem Verbandstag angewandt wird, ist dies leider stärker, moralischer Tiefstand. Warum bist Du nicht dagegen aufgetreten?

Der Verbandstag war dazu da, um alle Fragen zu prüfen. Dir stand das Recht zu, als Delegierter in jedes Recht zu hören, alle Zweifel aufzuklären, und nicht nach Wochen noch die Kollegen zu beunruhigen. Dir stand das Recht zu, Dein Mißtrauen offen auszusprechen; noch mehr, zu versuchen, eine dementsprechende Resolution einzubringen. Diese Demokratie herrscht immer noch. Hast Du das gewußt und nichts getan, dann bezeichne ich das als unglücklich zu dem Zweck, die Einigkeit der Kollegenschaft zu fördern. Doch die Kollegen im Verbandsvorstand werden sich keine grauen Haare wachsen lassen. Kritik ist angebracht zur Prüfung neuer Fragen, aber an der Brustwehr sind wir alle eins.

Nun zu den Kriegsfondsmarken. Es wird behauptet, der Vorstand hat diese eingeführt, um das Minus auszugleichen. Lächerlich! Natürlich stimmt dies! Ein dummes Finanzministerium, der nicht versteht, wie er sich Kapital verschafft. Nach dem Braunschweiger Bericht erweist es, als wäre durch Zwischmänner eine künstliche Machination erzeugt worden. Eine Behauptung, die wirklich angetan ist, das Vertrauen zu erschüttern. Nun, ich glaube es nicht. Den Idealismus der Frontkollegen stelle ich doch so hoch, aus eigener Initiative derartige Vorschläge zu machen, und daß eine angefangene Sache auch durchgeführt werden muß. Mir ist nicht bekannt, daß unsere leitenden Kollegen Zwang ausüben. Zwang ist in einer demokratischen Institution Unsinn. Durch Stimmen aus dem Felde ist ja diese Sache Lügen gestraft. Für mich als Gewerkschafter ist solche Behauptung beleidigend. Das widerspricht meinem Tun als freiem Individuum. Hoffentlich ist es dem Verbandsvorstand vergönnt, durch recht viel Kriegsfondsmarken einen Triumph zu erringen! Ein Frontsoldat.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ueber die Stellung der Seeschifffahrt und des Ueberseehandels in der Friedenswirtschaft ist im Anschluß an die Reden, die bei dem Besuch des Reichstags in Hamburg gehalten wurden, eine lebhafte Diskussion entbrannt. Im Mittelpunkt der meisten Betrachtungen steht die Neukonvention des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie, Vallin: „Wirtschaft und Weltverkehr“. Vallin ist ein Mann, der zu betreiben, womit er den Gedanken einer Zusammenfassung der Reederei unter staatlicher Führung oder mindestens unter staatlicher Kontrolle charakterisieren wollte. Verdrängt man die Frage lediglich vom rein organisatorischen Standpunkt aus, so wird man eine Lösung, die befriedigen kann, schwer finden. Nur im Zusammenhang mit der

Anmerkung der Redaktion. Kollege Gehre will uns mit, daß er in der Versammlung ein wahrheitsgetreues Bild vom Verbandsstag gegeben hat. Der Versammlungsbericht vom Schriftführer Reinhold Schild bringt lediglich dessen persönliche Ansicht, die er auch in der Versammlung zum Ausdruck brachte, aber nicht das, was der Delegierte berichtet habe. G. habe wie die übrigen Kollegen das volle Vertrauen zum Verbandsvorstand. Es ist recht eigenartig, daß, nach dieser Mitteilung Gehres, der Schriftführer der Zahlreiche Braunschweig einen vollständig entstellten Bericht an die Verbandszeitung einbrachte. Welche Gründe ihn dazu bewegen haben, bedarf noch der Aufklärung.

Weltpolitik können die Notwendigkeiten, mit denen wir bei dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu rechnen haben, gewertet werden.

Nicht erst auf der letzten Hamburger Tagung erhob sich der Ruf: Mitteleuropa birgt die Gefahr einer Abkehr von der Weltwirtschaft in sich. Und an diese Formulierung schlossen sich die Erläuterungen, daß ein mitteleuropäischer Zusammenschluß Deutschland keinen Ausgleich bieten könnte für die Ergebnisse der früheren weltwirtschaftlichen Tätigkeit. Ein Mäuel von Widersprüchen und Unklarheiten bildet sich aus diesen Auseinandersetzungen heraus; damit entstanden auch Gegensätze in den Auffassungen und Forderungen, die sicherlich zu einem großen Teil nur darauf zurückzuführen sind, daß die einzelnen Gruppen mit Leidenschaft einander vorbeireden. Mitteleuropa ist ein Begriff, der nicht erst während des Krieges geschaffen wurde; er hat während des Krieges nur eine nicht unbedeutliche Verengung und Verkümmern erfahren. Lange Jahre vor Ausbruch des Krieges bereits haben namhafte Nationalökonomien und Politiker angefangen, die Bildung gewaltiger Imperien, wie sie England in Verbindung mit seinen Tochterstaaten und Amerika darstellen, die Notwendigkeit erkannt und ausgesprochen, daß auch die Länder des europäischen Kontinents, deren wirtschaftliche Lebensinteressen sich gegenüber den großen Imperien im wesentlichen decken, sich wirtschaftlich zusammenfinden müssen, um sich in Zukunft behaupten zu können, da das Verlangen nach Weltbeherrschung durch die großen Imperien in einem immer stärkeren Maße wachsen würde. Gewissermaßen als Krisisfallpunkt eines derartigen kontinentalen Zusammenschlusses sollte die Verständigung Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands gelten. Stets aber war „Mitteleuropa“, so nannte man diesen Plan auch damals, keineswegs nur als ein Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn gedacht. Niemals war damit auch die Vorstellung verbunden, daß nach einem Eingehen des Zusammenschlusses die Länder des europäischen Kontinents auf Ueberseewirtschaft verzichten und sich daran begnügen sollten, den wirtschaftlichen Verkehr untereinander zu pflegen.

Wenn heute von einem Zusammenschluß der kontinentalen Mächte die Rede ist — und nur eine derartige Verbindung kann das wohlbestehende Programm von Mitteleuropa sein —, so wird dabei immer nur von der Erkenntnis ausgegangen werden können, daß eine wirtschaftliche Einigung in diesem Rahmen die Möglichkeit für eine erweiterte weltwirtschaftliche Arbeit der kontinentalen Staaten schafft und schaffen muß. Also nicht der Verzicht auf frühere weltwirtschaftliche Tätigkeit und Herstellung einer Selbstgenügsamkeit innerhalb Mitteleuropas ist dabei das Ziel, sondern im Gegenteil, es soll durch eine Zusammenfassung der Kräfte und durch Ausschaltung schädlicher wirtschaftlicher Zerplitterung erst ein Fundament geschaffen werden, auf dem ein starker weltwirtschaftlicher Bau sich entfalten kann. Gegen diese Auffassung von Mitteleuropa im weiteren Sinne der Vorkriegszeit wird Hamburg sich wohl nicht wenden und wehren, zum mindesten würde gerade von dem besonderen Standpunkt der Hamburger Interessen aus ein solcher Widerstand völlig unverständlich sein.

Auch in Hamburg wird man erntlich wohl kaum bezweifeln, daß die weltwirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie vor dem August 1914 bestanden, nach dem Kriege nicht mehr wiederkehren. Die alten Zustände sind dahin, und keine Wundpolitik kann sie ins Leben zurückrufen. Je schneller und einbringlicher die Heberzeugung allgemein wird, daß wir einen Neuanfang auszuführen haben, um so erfolgreicher könnten wir die Schwierigkeiten, die mit der Neugestaltung in erheblichem Maße verbunden sind, überwinden. Unsere Versorgung mit Rohstoffen, die wir früher aus englischen und amerikanischen Gebieten bezogen haben, muß auf andere Grundlage gestellt werden; wenn dies nicht aus eigenem Entschluß Deutschlands geschieht, so wären wir dem Zwang dazu durchaus nicht entzogen; denn die englische Politik stellt uns vor die Notwendigkeit. Gegenüber diesen Tatsachen darf man sich nicht mit der Hoffnung abfinden, daß alles doch viel harmloser verlaufen würde, daß der Handel seine alten Wege gehen und seine alten Beziehungen aufnehmen werde; kurz: daß alles nur theoretische Unterhaltung sei, die sich nach einem Friedensschluß als gänzlich überflüssig erweisen werde. Immer wieder ist an dieser Stelle betont worden, daß England seine Vorbereitungen für eine neue Ordnung der Weltwirtschaft mit aller Energie betreibt, und die neueren Vorgänge in England können nur Veranlassung geben, die alten Feststellungen abermals zu unterstreichen.

Für unsere Seeschifffahrt wird sich, ebenso wie für den Ueberseehandel, im Interesse der Sicherstellung unserer Rohstoffversorgung die Aufgabe ergeben, in Erfüllung ihrer Arbeit vielfach andere Wege einzuschlagen als in der Vorkriegszeit. Aus den Forderungen der Imperienbildung und des Herrschaftsverlangens der Imperien drängt sich für Seeschifffahrt und Ueberseehandel die Notwendigkeit auf, ihre wirtschaftlichen Funktionen auf die weltpolitisch und weltwirtschaftlich so reichen Möglichkeiten kontinentalen Zusammenschlusses einzustellen. Mit anderen Worten: Seeschifffahrt und Ueberseehandel haben sich den weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands anzufügen. Kurzlebig ist die Auffassung, daß der deutschen Volkswirtschaft durch Seeschifffahrt und Ueberseehandel unter allen Umständen am besten damit gedient wird, wenn die beteiligten Unternehmungen gut verdienen. Wohl gemerkt, auch wir wollen, daß Seeschifffahrt und Ueberseehandelsunternehmungen gut verdienen sollen; aber wir sind der Meinung, daß das im Zusammenhang mit dem Aufschwung unserer Volkswirtschaft und in Erfüllung im Dienste unseres Wirtschaftslebens geschehen muß. So verständlich das an sich sein sollte, es ließe sich doch immerhin denken, daß irgendeine Minderheit ihre Erwerbswünsche folgend, ihre Geschäfte so einrichtete, daß sie dabei zwar glänzend verdient, aber durch ihre Tätigkeit einem dem deutschen Wirtschaftsinteresse schädlichen Zweck dient. Das muß verhindert werden. Es sollen und müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß unsere Seeschifffahrt und unser Ueberseehandel ihre wertvollen Kräfte in den Dienst der deutschen Interessen stellen. Hierzu ist auch notwendig, überflüssige Konkurrenz zu vermeiden, um alle Kraft über die wir verfügen, zusammenzufassen und dem einen Ziel weihen zu können.

Sind Sicherungen in diesem Sinne gewährleistet, dann muß der Seeschifffahrt und dem Ueberseehandel für eine fruchtbare wirtschaftliche Arbeit die Initiative gelassen werden, die für beide unentbehrlich ist. In diesem Zusammenhang wird man der Forderung zustimmen müssen, daß Reglementierungen vom Uebel sind, daß die Entschlußkraft nicht unterbunden, Wagemut nicht unterdrückt werden darf. Nach allgemeinen Vorschriften läßt sich Ueberseehandel nicht betreiben; er verlangt Einsetzen persönlicher Fähigkeiten; seine Wege und Entschlüsse lassen sich auf dem Verwaltungswege niemals vorschreiben. Bei der Kompliziertheit seiner Funktionen kann durch Eingriffe, und wären sie noch so gut gemeint, Unheil leicht, sehr schwer aber eine Förderung seiner Tätigkeit bewirkt werden. Hat das deutsche Volk die Garantie, daß seine Seeschifffahrt und sein Ueberseehandel allein seinen weltwirtschaftlichen Interessen dienen, dann darf beiden die Freiheit der Betätigung nicht verkümmert werden. Daß innerhalb der Organisation des Ueberseeverkehrs auch die Mitwirkung der Arbeiterchaft gesichert werden muß, bedarf keiner Betonung; es scheint denn auch, daß in der Schifffahrt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Arbeiterchaft bei den großen Aufgaben, die der Erfüllung harren, erkannt worden ist. Julius Kalliski.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 8. bis 13. Juli gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Juni: Limbach 34,62, Magdeburg 628, Tangermünde 14,39, Gotha 87,65, Dirschberg 58,02, Reinstad 41,91, Landsbur 198,66, Wahren 37,67, Flensburg 81,83, Düsseldorf 70,17, Oldenburg 30,30, Leisnig-Döbeln 37,07, Görlitz 73,97, Zeitz 153,15, Alenburg 40,14, Frankfurt a. M. 473,43, Giechen-Wehler 1640, Halberstadt 29,92, Köln 162,37, Cassel 98,10, Gaderleben 6,80, Remscheid 25,40, Elberfeld 204,50, Leipzig 572,78, Korb 14,52, Chemnitz 364,49, Zwickau 35,05, Lörrach 67,67, Lützenheid 20,18, Saarbrücken 108,50, Herford 200,63, Müggelsburg 35,10, Bieren 32,08, Erfurt 72,22, Suttgen 267,51, Eßlingen 1840, Spremberg 11,59, Wiesbaden 195,20, Abolda 42,55, Weihen 22,47, Suhl 84,87, Mannheim 121,79, Karlsruhe 12,20, Kaiserlautern 540, Dresden 1753,53, Halle a. d. S. 245,44.

Von Einzelnzahlern der Hauptkasse: W. B.-Graham i. M. 45,50, A. G.-Kronach 21, G. W.-Oberkirch 27.

Für Abonnements und Annoncen: P.-Aliona 2,26, Altenburg 3,60, Erfurt 3,60, Gesangsverein „Vorgengrauen“, Berlin, 9,50.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung: Gotha 3, Dirschberg 3, Altenburg 12, Leipzig 12, Halle 3.

Für Protokolle vom Verbandstag: Altenburg 4, Hamburg 40, Frankfurt a. M. 28, Chemnitz 16, Erfurt 8, Halle 16.

Der Hauptkassierer, D. Freitag.

Aus den Bezirken.

Amberg. Das Verkehrslokal ist nach Gradl's Restauration „Brück“, Untere Rahburger Gasse, verlegt worden.

Sterbetafel.

- Essen. August Beckmeyer, 46 Jahre alt, am 11. Juli.
- Stuttgart. Wilhelm Zink, Bäcker, 57 Jahre alt, am 1. Juli.

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Bremen. Gustav Dutschmann, Bäcker, 32 Jahre alt, gefallen am 12. Juni.
- Bezirk Köln a. Rh. Josef Dietrich (Köln), gestorben in einem Lazarett in Gent.
- Valentin Braun (Köln), gefallen.
- Bezirk Dresden. Max Bormann (Dresden), Bäcker, gefallen.
- Bezirk Erfurt. Gottfried Söltner (Sonneberg), 22 Jahre alt, gestorben am 30. Mai infolge Verwundung.
- Bezirk Essen meldet als gefallen: Joseph Bell (Dortmund); Fritz Sondern (Dortmund).
- Bezirk Halle meldet als gefallen: Otto Pille (Schkeuditz), Bäcker, 19 Jahre alt, im Juni; Paul Kohlberg (Halle), Pfefferkuchler, 31 Jahre alt, im Juni.

Ehre ihrem Andenken!

Fahrbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Mit der Brotfabrik Hennig & Spriestersbach in Mannheim wurde zu dem bestehenden Tarif vereinbart, daß die Ueberstunden mit 1, bisher mit 80 % entzinsdiagt werden.

Die Chemnitzer Brotfabrik P. Schubert hat die Forderungen der Bäcker als letzter Betrieb bewilligt; es betragen die Löhne ab 5. Juli 1918 für Verheiratete 46, für Ledige 41 in der Woche. Die Arbeiter bleibt wie bisher zehn Stunden täglich, einschließlich zweimal 1/2 Stunde Pause, bei sechs Schichten in der Woche. Ueberstunden werden mit 90 %, Sonntagsarbeit mit 110 bezahlt.

Ans unsern Lesern.

Großindustrie.

Die Gebrüder Stollwerck A. G. in Köln schließt das Geschäftsjahr 1917 nach Abschreibungen von M. 475.776 (im Vorjahre M. 592.745) mit einem Reingewinn von M. 1.815.786 (M. 1.971.739), und zwar einschließlich eines Vorrages von M. 301.311 (M. 259.385). Die Verwendung des Gewinnes wurde auf der letzten Generalversammlung der Gesellschaft seitens der Verwaltung wie folgt vorgeschlagen: Zur ordentlichen Rücklage M. 75.621 (M. 85.620), für Salonerwerbe wiederum M. 16.000 wie im Vorjahre, 6 p. Dividende auf die Vorzugsaktien (wie bisher) und 9 p. auf die Stammaktien (im Vorjahre 10 p.), was zusammen M. 1.280.000 (M. 1.320.000) erfordert. Nach Berücksichtigung des Gewinnrückfalls des Aufsichtsrates mit M. 48.560 (M. 48.808) und Ueberweisung von M. 150.000 (M. 200.000) für Verbindungen an Beamte und für die Werkverfugungs- und Unterstützungsstelle verbleibt ein Gewinnvortrag von M. 298.555. Für Kriegsfürsorge und Rohstoffsteuer seien M. 495.872 veranschlagt worden.

Korrespondenzen.

Waldenburg i. Schl. Am 5. Juli tagte im „Förstlerhaus“ in Neu-Salzbrunn eine Mitgliederversammlung. Nach einleitenden Worten der Gewerkschafts-Ansicht über die Lage über die Tätigkeit des Hauptvorstandes in den verschiedenen Kriegsjahren und über das für und Wider der Abhaltung des Verbandstages. Ein besonderes Kapitel widmete er der Beitrags- und der Unterstützungsregelung usw. In der Diskussion wurde im allgemeinen von den Kollegen das Scheitern des langjährigen Vorsitzenden, Kollegen Altmann, bedauert. Es wurde bekräftigt, daß derselbe wenigstens keine Strafe noch weiter in den Dienst des Verbandes stellen will. Mit der Regelung der Beiträge und der Unterstützungsätze erklärte man sich einverstanden. Besonders begrüßt wurde der M.-S. Beitrag für Lehrlinge, indem dadurch den Lehrlingen es eher möglich ist, Mitglied bei uns zu werden. Unser „Verständenes“ wurde des auf den Schicksale gefallenen Kollegen Kranke durch Erleben von den Klagen ehrenhaft gedacht und die Kollegen ermahnt, sich an Kranke, der allezeit sich in aufopfernder Tätigkeit unserer nützlichsten Sache widmete, ein Beispiel zu nehmen. Zum Schluß wurden noch einige interne Vertriebsangelegenheiten erledigt und die Kollegen wieder ermahnt, mehr als bisher für unsere Organisation zu wirken, da es auch im Waldenburger Kreise noch eine ganze Anzahl von Fernangehörigen gibt, die der Organisation fernstehen.

Fabrikbranche.

Bremen. Neben die Reformen (Kafas- und Entschleppungsarbeiten) in Bremen-Schlesien gehen uns immer wieder Klagen zu über die Behandlung der dortigen Arbeiterschaft. Ganz besonders ist es ein Kränlein Leinwand, Wollwäckerin in der Kaserne, welche glaubt, sich in unwürdiger Behandlung der Mädchen besonders hervorzuhaken zu müssen und sie durch ihre Modestilpolitik zu ähneln. Dieses Kränlein L. führt ein mehreres Schrecksregiment im Besonderen, so daß sie mehr gefürchtet ist als der Direktor selbst. Sobald kommen die Klagen über die miserable Behandlung, die sie den Mädchen antun lassen. Selbst der Tausendfachen Körper diese „Mutterarbeiterin“ nicht zurück. Heute pros und gerichts, den anderen Tag freundlich und freundlich wie eine Katz, die Mädchen dann wieder mit Zwangsbefehl verurteilen zu wollen, um es dann wieder noch schlimmer zu treiben. Was sie sich alles erlaubt, geht auf keine Ruhm. Die Mädchen werden am Arm gefasst, mit Worten wie Dicksch, Heiner Liffe, Pöber und dergleichen beschimpft, ihnen Verordnungen gemacht, mit wem sie in der Kaserne reden dürfen. Der Gipfel der Kr. L. hat es aber, wenn eine solche „Arbeiterin“ glaubt, den ihr unterstellten Familien Verordnungen machen zu können, mit wem sie auf dem Wege von und zur Arbeit gehen und sprechen dürfen, hat sie doch den Mädchen streng verboten, mit den Mädchen anderer Abteilungen zu reden oder aber überhaupt zu verkehren. „Die Mädchen für sie nicht gut genug“. Es ist das eine Forderung der in den anderen Abteilungen Beschäftigten, wie man sie sich größer nicht denken kann; sind uns doch diese Mädchen, die seit alle schon jahrelang im Kreise beherrscht, alle als ordentlich und brav bekannt. Dagegen ist doch die Abteilung L. der reinste Laubendiauer, wo von ein paar Ausnahmen abgesehen, ein pönbiger Geist herrscht.

Ich bei einer solchen Person auch die Organisation nicht im besten Sinne, verneht sich von selbst; ich sie doch immer in der Lage, daß dadurch ihre Kompetenzen an der Seite der Verantwortlichkeit kommen können, und mit angestrebter Sorge nach sie darüber, daß aus ihrer Abteilung niemand zur Verantwortung geht oder sich dem Verstande erwehrt. Die Direktion erklärt den Verbandsverordnungen, daß keine dieser Besorgnisse einzustellen, wenn sie die Seite dem Verbande antworteten oder in die Verordnungen gehen, aber die Verantwortlichkeit L. hat über der Direktion und nicht welche Verantwortung an, wer zur Verantwortung nicht erwehrt sie einen solchen Sünden. Dann kann er bald sein Sünden sühnen und muß ohne Gnade büßen. Aber nur wenn, lieber Kränlein, Sie verdrängen die Organisation nicht aus dem Bereiche, noch weniger aus ihrer Verantwortung. Der Direktion können wir aber nur den guten Rat geben, wenn sie Ruhe und Frieden im Betriebe haben will, sozusagen für Abstellung dieser Verhältnisse zu sorgen und die Verantwortlichkeit Verantwortung in ihre Hände zu legen, wenn die Organisation wird vollständig den Kampf verlieren, und wenn es nicht anders geht, mit schmerzlichen Mühen, bis es erreicht ist, daß den Beschäftigten eine Schenkung nach nicht, mit es jetzt ordentliche Arbeiter und jede Arbeiterin verlangen kann. An den Arbeiterinnen wird es aber liegen, immer noch

mehr für einen besseren Ausbau der Organisation zu sorgen; dann wird es leichter möglich sein, bessere Verhältnisse im Betriebe zu bekommen.

Polizei und Gerichte.

Brotmarchen-Erfahrungen in Hannover. Seit ungefähr einem halben Jahre sind in Hannover gefälschte Brotmarchen in den Verkehr gebracht. Anfangs nur wenige, weil sich die Fälscher und Händler der Brotmarchen erst einmal vergewissern wollten, wie sich der Handel rentiert und ob die Geschichte nicht gleich herauskommt. So stieg durch den Erfolg der Umjah bis zu Tausenden und Abertausenden. Der Preis für die Einpfundbrotmarche betrug M. 2-3. Die gefälschten Marken waren so genau nachgemacht, daß sie nur mittels einer Lupe von den echten zu unterscheiden waren. Endlich ist es nun der Kriminalpolizei gelungen, Fälscher und Händler der Brotmarchen festzunehmen sowie die Fälschermittel zu ermitteln. Es handelt sich um einen Drucker Braun, der die Marken herstellte und an dem Hauptverächlicher Elektromonteur Wihl. Brand abgab. Der Drucker erhielt für jede Drei-Pfund-Marche 30 S, Brand verkaufte dann die Marke durchschnittlich für M. 3. Brand ist der am meisten interessierte; er hat auch Braum das Betriebskapital vorgestreckt. Interessieren wird es nun aber wohl unsern Kollegen am meisten, daß in diesem Prozeß eine ganze Reihe hiesiger Vätermeister mit beteiligt ist. Verhaftet wurden Stein in Linden, Hermann Algenmüssen, Müllingen; aus Hannover Bürmann, Kalenbergsstraße, Kaulich, Kriesenstraße und Möller, Königsstraße. Außerdem kommt eine ganze Reihe Weiskändler, Kaufleute, Gastwirte, Gemüsehändler, Schuhmacher usw. in Frage; eine recht gemischte Gesellschaft. Bei einem Bäckermeister wurden allein 6000 gefälschte Brotmarchen gefunden. Das Geschäft blüht! Die Geschäfte mit den Bäckermeistern betriebe hauptsächlich der Geschäftsführer einer Weiskändler Meimers. Es sind bis jetzt im ganzen 46 Personen verhaftet; die Sache ist aber noch nicht abgeschlossen, so daß täglich mehrere Verhaftungen vorgenommen werden. Die ganze Angelegenheit zeigt wieder, in wieweit trivoler Art und Weise es heute ein Teil Menschen verneht, Geld einzunehmen. Der Geld hatte und für die Drei-Pfund-Marche M. 3 bezahlte, der konnte sich Brot kaufen, so viel er Lust hatte. Daß hierdurch der noleidenden Bevölkerung das Brot entzogen wird, kümmerte den Beschäftigten wenig, für sie war die Hauptfrage, Geld verdienen, so lange noch Krieg ist; für sie ist der Krieg Geschäft, die Geldgrauen sind dazu da, zu sorgen, daß die Grenzen geschützt werden und die Wucherer die Mündel, hungern können. Der Arbeiter, so lange Krieg ist, ganz besonders bedauerlich aber ist es, daß sich dazu eine Reihe Bäckermeister hergegeben haben. Daß unsere Bäckermeister nicht zu den Engeln gehören, wissen wir wohl; immerhin mußten sie sich aber der Tragweite dieser Handlung bewußt sein. Wir sehen hier wieder die „Moral“ des Krieges; es gibt ja Leute, die meinen, er wird erzieherisch; für viele ist das wieder ein Beitrag ins Stammbuch. Hoffentlich läßt das Gericht derartigen Leuten, die sich zum Schaden der Allgemeinheit bereichern, keine Rücksticht malten.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Gewerkschaftlicher Wideraufbau. Eine große Artikelreihe über den gewerkschaftlichen Wideraufbau nach dem Kriege liefert das „Correspondenzblatt der Generalkommmission“ mit folgenden Worten: Der gewerkschaftliche Wideraufbau nach dem Kriege ist das Ergebnis der Einsetzung aller Kräfte auf allen Gebieten des Gewerkschaftslebens. Er setzt sich schon gegenwärtig in allen Organisationen und Aktionen und legt Zeugnis ab von der unermüdeten Kraft der Arbeiterklasse, die den Krieg und seine Schrecken überwindet. Er wird sich in wahrhaft erhebendem Maße zeigen, wenn die Heroen unserer Volksgenossen sich wieder der Heimat zuwenden, und den Waffenrost mit dem Arbeitskleid zu vertauschen und für Fortan den Fesseln des Friedens zu widmen. Dann werden unsere Gewerkschaften emporwachen und mit ihrem Wirken das Wirtschaftsleben erfüllen, dann werden sie sich als die großen Organisationen des Volkswirtschaftslebens, die der künftigen Errettung des heimatlichen Wirtschaftslebens dauernd ihre Kräfte aufzuwenden. Dann werden sie auch hoffentlich recht bald auf dem Gebiet des friedlichen internationalen Zusammenwirkens aller Arbeiterorganisationen ihre frühere Tätigkeit wieder aufnehmen, um das gemeinsame Interesse der Arbeit gegen das international verbündete Kapital zum Siege zu führen.

Lehrerzulagen im Buchdruckergewerbe. Nach dreijährigen Verhandlungen vor dem Tarifamt erreichte der Buchdruckerverband eine Erhöhung der Lehrerzulage um M. 10 pro Woche ab 1. August dieses Jahres und eine weitere Erhöhung ab 1. Dezember um M. 3 für Lese bis zu 7 1/2 p. M. 4 bis zu 15 p. M. 5 über 15 p. Lokalzulage. Ferner tritt eine Erhöhung der Lehrerzulagen ein; es soll nunmehr nach dem tariflichen Grundlohn plus 50 p. Aufschlag und den üblichen Stundenzuschlägen entrichtet werden. Aus der Befürwortung des Tarifamtes entnehmen wir weiter, daß ab 1. August alle Arten von Druckarbeiten um 25 p. und ab 1. Dezember um mehrere 15 p. erhöht werden. Die Lehrerzulagen für die Beschäftigten im Buchdruckergewerbe betrug vor der Erhöhung im Gesamtdurchschnitt 43 p. Sie nicht es aber bei uns in den Bäckereien und der Konditorindustrie? Die Lehrerzulagen bewegen sich noch lange nicht auf dieser Höhe, was auch aus unserer im Nachdruck veröffentlichten Lohngruppentabelle hervorgeht. Die Gewerkschaft der Unternehmer können sich aber ganz gut mit ihnen in anderen Berufen messen. Eine starke Organisation ist daher heute dringend notwendig zur Sicherung eines auskömmlichen Lebensunterhalts.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns jeden Nr. 20 des 28. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Frauenfrage vor dem Reichstag. — Die Weiblichen Fragen alle des Lebens schweres Gewicht. Gedicht von Heinrich Perich. — Politische Umjah. Von Klara Behm-Schud. — Die Weiblichkeitspolitik — eine soziale und politische Reformpolitik. Von Paul Kampffmeyer. — Aus unserer Bewegung: Mitgliederversammlung in Verdun i. S., Frauenversammlungen im Großherzogtum Baden. — Die Frau im Beruf: Weibliche Tischlerlehrlinge. Die Fabrikpflügerin in Lothringen. Kleine Mitteilungen. — Volkserziehung: Eine Kinderkutschung. Möbel für Kinderzimmern. — Freie Ausprache: Die Parteibeiträge der Frauen. Von E. M., Galm. — Revue: Das Künste. Von Anna Mosgaard. Das Sterilisieren von Gemüse und Obst. Von Berta Marchwald. Ueber die Kreidenschaft. Von Berta Marchwald. Biederichau: Uebel Gerhard. Am alten Graben. Von Fritz Pöcher. Dämmerung. Gedicht von Heinrich Leuthold. Für unsere Kinder: Was geht den Spieß die Gänge an. Gedicht von Robert Meind. — Das Märchen vom Sonnenstrahl und den Tränen. Von Julius Zertraß. — Die kleine Anny und der Rasse. Von My. — Vom künftigen Grassmüchlein Ein künftiges Stücklein. Gedicht von Friedrich Groll. — Wackernde Hausgeister. Von Frida Eberhardt. — Das Märchen von der ersten Weife. Von Elli Meyer. — Käferlied. Gedicht von Robert Meind. — Zumuf. Gedicht von Robert Prap. — Spielrede. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beleggeld 55 S; unter Kreuzband 55 S; Jahresabonnement M. 2,60.

Spätestens am 20. Juli ist der 30. Wochenbeitrag für 1918 (21. bis 27. Juli) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. Sonntag, 21. Juli: Essen: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Rathhof“, Essen W. Sonntag, 28. Juli: Almena: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. — Nürtingen: Wilhelmshaven: Bei Buddenberg, Nürtingen I., Peterstr. 86. — Saarbrücken 3: 5 Uhr, Bleichstr. 6.

Anzeigen.

Nachruf. Als weitere Opfer des Weltkrieges fielen bei der letzten Offensive unsere Kollegen Josef Bell Fritz Sondern. Wir halten ihr Andenken in Ehren. [M. 3,60] Zahlstelle Dortmund.

[M. 4,20] Nachruf. Am 11. Juli starb nach längerer Krankheit im Alter von 46 Jahren unser langjähriges Verbandsmitglied und Arbeitskollege August Beckmeyer. Wir verlieren in ihm einen unserer besten Kollegen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Die Zahlstelle Essen. Das Personal des Konsumvereins „Eintracht“.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Hengasse 2, 1. Et.

„Kuchenrutisch“ bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probefilo M. 7,50, von 5 kg an à M. 7. Sehr zu empfehlen! Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig-M. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

Holzstreuemehl à Zentner M. 17 mit Sack Sirichhornsalz (amm. carb.) pulv. beste Driehraft, geruchfrei, 1 kg M. 2,50, Postpaket 4 kg M. 11 ab Leipzig, empfehlen. Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig-M. 5, Kohlgartenstraße 8. Fernsprecher 2290.